

Ortsmitte soll Markenzeichen werden

VON PETRA SCHAFFLIK



Zu einer lebendigen Ortsmitte soll das Areal beitragen, wo jetzt der ehemalige Supermarkt leer steht. Öffentliche Nutzung statt Wohnungsbau – mit diesem Ziel hat der Gemeinderat nun die Aufstellung eines Bebauungsplans „Marktplatz“ beschlossen. Foto: ps

Eine „lebendige Mitte“, aber keine Wohnungen – das will der Petershauser Gemeinderat. Wie man das erreichen will, wurde am Donnerstag ausführlich diskutiert.

Petershausen – Das gemeinsame Ziel ist klar: Dort, wo aktuell der „alte“ Edeka-Laden leer steht, soll auf lange Sicht ein Projekt kommen, das zur lebendigen Ortsmitte beiträgt. Wohnungen, die im Umfeld bereits mehr und mehr Gewerbeflächen zurückdrängen, wollen die Gemeinderäte dort dezidiert nicht. Denn die Ortsmitte bilde das Markenzeichen für Petershausen, heißt es in der Sitzungsvorlage. „Nur über einen funktionierenden Einzelhandel, eine nachgefragte Außengastronomie und kulturelle Angebote kann der öffentliche Raum belebt werden.“

Um die künftige Entwicklung des privaten Areals in diese gewünschte Richtung zu lenken, hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am Donnerstag mit großer Mehrheit für das ehemalige Supermarkt-Areal die Aufstellung eines Bebauungsplans „Sondergebiet Marktplatz“ beschlossen. Die Fläche soll vorgesehen werden für „Anlagen und Einrichtungen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs“.

Mit dem Aufstellungsbeschluss sind noch keinerlei konkrete Verpflichtungen verbunden. Damit, so Bürgermeister Marcel Fath (FW), „gibt die Gemeinde einzig der Öffentlichkeit ihren Willen bekannt“. Was genau dort direkt am Marktplatz um- oder neu gebaut wird, ist offen. Das Areal gehört der Sparkasse und vom Eigentümer, so der Bürgermeister, gebe es „noch keine konkrete Perspektive für eine Nutzung“.

Auch im Gemeinderat bestehen unterschiedliche Vorstellungen. In der Vergangenheit wurde über einen Rathaus-Neubau nachgedacht, von Flächen für örtliche Vereine und Organisationen oder Arztpraxen war die Rede. Nach der Schließung des Supermarkts im De-

zember haben die Fraktionen von CSU und Grünen sowie die Gemeinderäte Bernhard Franke (SPD), Martin Seemüller (ÜBP) und Jürgen Junghans (FDP) eine Unterschriftenaktion gestartet mit dem Ziel, Einzelhandel dort zu sichern. Gerade weil die politischen Akteure unterschiedliche Schwerpunkte setzen, soll ein Bebauungsplan möglichst weit gefasst sein, so der Tenor der Debatte. Der Vorschlag von Bürgermeister und Verwaltung, die Fläche als „Sondergebiet für öffentliche Verwaltung mit untergeordneter gewerblicher Nutzung sowie Ansiedlung von Anlagen für soziale und gesundheitliche Zwecke“ vorzusehen, war der SPD nicht offen genug. Damit verbunden sei recht konkret der Gedanke, „dass ein Rathaus gebaut werden soll“, so Bernhard Franke (SPD). Die SPD-Fraktion hatte daher vor der Sitzung eine alternative Formulierung eingereicht, die dann auch verabschiedet wurde. „Immer noch nicht gut“ findet den Text aber Alexander Heisler (Grüne), denn „Dienstleistungen des öffentlichen Bereichs“ implizierten immer noch ein Rathaus. „Ich hätte dort gerne Nahversorgung, also Einzelhandel.“ Für die CSU sei entscheidend, das betonten Gerhard Weber und Günter Fuchs, dass Musik- und Volkshochschule, ein „neuer Vielfalter“ umfasst sind, ein Arzt dort tätig werden kann. „Das wären meine Prioritäten“, betonte Weber. Erst im Verfahren sollten die Ziele konkretisiert werden, merkte Andrea Stang an. Tatsächlich fehlten „Dinge wie ärztliche Versorgung und Lebensmittel, aber es braucht auch Partner, die mitmachen.“

Was am Ende gebaut wird, darüber will Bürgermeister Fath „die politische Diskussion noch führen“. Und nicht nur das. Auch die Bürger sollen mitreden. „Wichtig ist nur, dass keine Wohnraumnutzung entsteht und auch keine soziale Nutzung wie etwa ein Seniorenheim.“ Genau das leiste der Bebauungsplan, „eine Wohnbebauung ist dann ausgeschlossen“, bestätigte Fath auf Nachfrage von FW-Gemeinderat Hans Scherer.

Mit Nein stimmten nach der ausführlichen Diskussion Alexander Heisler und Lydia Thiel (beide Grüne). Überlegungen für die Zukunft „pressieren nicht so“, sagte Thiel. Wichtiger wäre, „sich jetzt schnell um eine Nachnutzung zu kümmern.“